

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

28.12.1931 (No. 301)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Verleger:
Nr. 903
und 904
Vollredaktion:
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsangehörigen:
Verleger:
G. A. M. v. d. B.
Karlsruhe

Bezugpreis: Monatlich 2,25 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreiter Rabat, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Berücksichtigung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsversteigerung und Kontroversverfahren fällt der Rabat fort. Erfüllungsort: Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung in eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränkter Auflage oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Letzte Nachrichten

Nach den Feiertagen

Kurzer Erholungsurlaub des Reichskanzlers — Die „Halloren“ beim Reichspräsidenten

W.B. Berlin, 28. Dez. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, ist Reichskanzler Dr. Brüning gestern von Berlin abgereist, um die Tage zwischen den Feiertagen zu einem kurzen Erholungsurlaub auszunutzen. Er wird voraussichtlich am Montag oder Dienstag nächster Woche wieder in Berlin sein. Ebenso sind auch die Minister Dietrich und Grüner von Berlin abwesend, so daß die Führung der Regierungsgeschäfte augenblicklich beim Reichsjustizminister Dr. Schägel als dem dienstältesten des Reichskabinetts liegt. Er wird den Reichskanzler auch bei den Neujahrsempfängen beim Reichspräsidenten vertreten, die auch in diesem Jahre in der üblichen Weise vor sich gehen. Neu ist dabei allerdings, daß vormittags 11 Uhr vor den üblichen Gratulanten eine Abordnung der „Halloren“, der Salzfelsen Salzbearbeiter, vom Reichspräsidenten empfangen wird. Sie erschienen früher regelmäßig in ihrer altertümlichen Tracht zur Neujahrssaudienz beim Kaiser und haben jetzt darum gebeten, den alten Brauch beim Reichspräsidenten wieder aufnehmen zu können.

Aus der Abwesenheit des Reichskanzlers, des Vizekanzlers und Reichsfinanzministers sowie des Reichswehr- und Reichsinnenministers ergibt sich von selbst, daß das Kabinett in den nächsten Tagen wichtige politische Dinge nicht behandeln wird. Wichtig ist dagegen die Wiederaufnahme der Berliner Stillhalteverhandlungen, die heute fortgeführt werden und nach der bekannten Ankündigung des Kanzlers kurz vor den Feiertagen noch etwa vierzehn Tage in Anspruch nehmen dürften.

Die Reparationskonferenz

Nimmt Amerika teil?

W.B. Paris, 28. Dez. (Tel.) Wie der „New York Herald“ aus Washington berichtet, glaubt man, daß die Entscheidung der Beteiligung Amerikas an der Reparationskonferenz über die Schulden- und der Reparationsfrage von der Festlegung der Einladungen abhängen werde, die an die U.S.A. gerichtet würde. Es habe sich eine Opposition gegen die Beteiligung der U.S.A. geltend gemacht.

Im Zusammenhang mit der Ankündigung des Staatsdepartements, von einer Teilnahme an der Reparationskonferenz abzusehen, erzählt „Herald Tribune“ aus offiziellen Kreisen, die Regierung sei der Ansicht, daß Europa vor allem zwei Aufgaben lösen müsse. Die Frage der Zahlungsfähigkeit Deutschlands und die Aufstellung eines Programms zur wirtschaftlichen Erholung Europas. Würde ein solches Stabilisierungsprogramm zustande kommen, so sei die Regierung geneigt, die Kriegsschuldenfrage in Erwägung zu ziehen. Dabei werde jedoch die Zahlungsfähigkeit der einzelnen Länder und individuell berücksichtigt. Keinesfalls beabsichtigt die Regierung irgendwie die Folgen einer Einstellung der Reparationszahlungen auf sich zu nehmen.

London für Dauerlösung

W.B. London, 28. Dez. (Tel.) „Financial News“ schreibt zum Baseler Gutachten: Man braucht nicht von vornherein anzunehmen, daß Frankreich zu einer vernünftigen Auffassung unfähig sein wird. Wenn es jedoch nicht zu wirklich erleichternden Maßnahmen bereit ist, dann wird es notwendig sein, der französischen Politik offen Widerstand entgegenzusetzen und Deutschlands Partei zu ergreifen. Das Blatt nimmt Anstoß daran, daß der Bericht infolge der Haltung des französischen Delegierten wiederholt von dem „vorübergehenden“ Charakter der deutschen Schwierigkeiten spreche und nicht deutlich genug hervorhebe, daß diese vorübergehenden Schwierigkeiten vor einer endgültigen Regelung der Reparationsfrage nicht aufhören würden. Die Gith sei über den Bericht nicht begeistert, weil er auf die Neigung hindeutet, irgendein unbefriedigendes Kompromiß zu erzielen, das dem System der Unsicherheit kein Ende machen würde.

Reparationsvorbesprechungen

Macdonald-Laval?

W.B. Paris, 28. Dez. (Tel.) Savas will erfahren haben, daß der englische Premierminister Macdonald den französischen Ministerpräsidenten Laval eingeladen habe, demnächst mit ihm zusammenzukommen, um vor der Regierungskonferenz, die in der zweiten Januhälfte im Haag zusammentreten solle, eine Verständigung über ihre Politik in der Reparationsfrage herbeizuführen.

Japan und die Mandchurei

W.B. Tokio, 28. Dez. (Tel.) Ministerpräsident Inukai erklärte Pressevertretern, Japan würde die Mandchurei nicht einmal annehmen, wenn sie ihm geschenkt würde. Die Verteidigung der ausgedehnten Grenzen der Mandchurei würde viel Geld kosten. Japan wolle nur die ihm vertragsmäßig zustehenden Rechte wahren.

Wie Reuters von zuständiger Seite erfährt, wird demnächst eine Erklärung veröffentlicht werden, in der die „Politik der offenen Tür“ in der Mandchurei erneut bestätigt werden soll.

Eine Enzyklika des Papstes. Zum Abschluß der 15-Jahrhundertfeier des Konzils von Ephesus hat Papst Pius XI. eine Enzyklika erlassen, deren Hauptthema die oberste und unerschütterliche Autorität des Papstes ist.

Aus dem Baseler Bericht

Weiteres aus dem Vorklaut

Der jetzt hier vollständig vorliegende Bericht der Baseler Sachverständigen, von dessen vier Kapiteln wir bereits das Wesentlichste veröffentlicht haben, enthält u. a. noch folgende beachtliche Feststellungen:

So wird im I. Kapitel

zur gegenwärtigen Lage

3. B. im Vorklaut ausgeführt:

„Jedes Land ist durch diese Krise erschüttert worden, aber in Deutschland wie auch in einigen anderen Ländern Mittel- und Osteuropas waren ihre Wirkungen verheerend. Die ungeheuren Abzüge von Auslandskrediten führten zur Kahmlegung des deutschen Banksystems und spannten die Reserve- und Kreditlage der Reichsbank auf das äußerste an. Um die Währung zu schützen, war es notwendig, einschneidende Devisenkontrollmaßnahmen zu treffen, welche die bereits bestehende enge Einfuhrbeschränkung der Wirtschaftstätigkeit verschärften. Den Höhepunkt des auf der ganzen deutschen Wirtschaft lastenden Drucks bildete die Notverordnung vom 8. Dezember 1931, deren Maßnahmen in der modernen Gesetzgebung ohne Beispiel sind.“

Zur deutschen Handelsbilanz wird im gleichen Kapitel hervorgehoben: „Der in letzter Zeit erzielte hohe Ausfuhrüberschuss ist teilweise das Ergebnis gewisser abnormer Faktoren, und es ist zweifelhaft, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse weiterhin einen Überschuss in der bisherigen Höhe zulassen werden. Die Ausfuhr wurde aufrechterhalten, teilweise, weil die Produzenten durch den Bedarf an Baumitteln gezwungen waren, ihre Lager oft sogar mit Verlust zu räumen, während einige außergewöhnliche Verkäufe nach Großbritannien im Hinblick auf die bevorstehenden Völle getätigt worden sind. Die Einfuhr ist vermindert worden, weil Erwerbslosigkeit, niedrigere Löhne und hohe Steuern die Konsumkraft des Landes und damit die Nachfrage nach der Einfuhr von Konsumgütern verringert haben.“

über die Deckung der Reichsbank

Sagt der Bericht, diese habe am 15. Dezember nur noch 1161 Millionen Reichsmark betragen. Hieron seien 630 Millionen Reichsmark auf die kurzfristig gewährten Reichskontokredite der RZB, der Zentralbanken und einer amerikanischen Bankengruppe anzurechnen. Der Bericht fährt dann fort: „Die prozentuale Deckung des Notenumschlages fiel so auf 25,6 Prozent oder, wenn man die 630 Millionen Reichsmark ausschließt, auf 11,7 Prozent. Der Notenumschlag selbst beträgt ungefähr 4,6 Milliarden Reichsmark gegenüber einem Betrag von 4,3 Milliarden Reichsmark vor einem Jahr.“

Bei der Erläuterung des deutschen Haushalts wird u. a. festgestellt: „Die Ausgaben des Reiches enthalten einen Posten für Reparationen, der von 1,5 Milliarden Reichsmark im Jahre 1926/27 auf 1,8 Milliarden Reichsmark im Jahre 1930/31 stieg, d. h. um etwa 20 Prozent der gesamten Staatseinnahmen von Reich, Ländern und Gemeinden.“ Ferner wird gesagt: „Das Ausgaben des Reiches sanken — abgesehen von dem Schuldendienst, den Überweisungen an die Länder, den äußeren Kriegskosten und der Erwerbslosenunterstützung — von 1929 bis 1932 von 4780 Millionen Reichsmark auf 3720 Millionen Reichsmark, d. h. um 1060 Millionen Reichsmark oder um 22 Prozent.“

Das II. Kapitel, das die

„Umstände und Verhältnisse, die zur gegenwärtigen Lage geführt haben,

schilbert, geht zunächst auf den Verlauf der Krise ein. Die Sachverständigen erklären, sie können nicht alle Ursachen der tiefen Veunrückung des Wirtschaftslebens der Welt untersuchen; aber einzelne dieser Erscheinungen seien eng mit dem Problem verknüpft, mit dem sie sich unmittelbar bei beschäftigten hätten. Auf eine dieser Ursachen habe der Bankenausschuß, der im August in Basel tagte, mit der Feststellung hingewiesen, daß die Welt in den vergangenen Jahren versucht habe, zwei verschiedene sich widersprechende Prinzipien zu verfolgen, indem sie die Entwicklung eines internationalen finanziellen Systems suchte, welches die jährliche Zahlung großer Summen von Schuldner- an Gläubigerländer mit sich bringe, demgegenüber aber gleichzeitig der freien Güterbewegung Hindernisse in den Weg lege, und daß die Lage Deutschlands die eindrucksvollste Illustration für dieses Dilemma bilde.

Es heißt dann wörtlich: „Solange die zu leistenden Zahlungen durch Anleihen an das Schuldnerland ausgeglichen wurden, trat dieses Dilemma nicht in Erscheinung. Sobald jedoch solche Kapitalbewegungen aufhörten, wie es im Herbst 1929 der Fall war, zeigte sich, daß die Zahlungen letzten Endes nur in Gestalt von Waren geleistet werden können, wie es der Dawes-Ausschuß klar ausgesprochen hat. Der Übergang von einer Periode übermäßiger Ausdehnung von Auslandskrediten durch gewisse Gläubigerländer zum plötzlichen Aufhören einer derartigen Kreditgewährung, bildet einen der Hauptgegenstände zwischen der Zeit von 1924 bis 1929 und 1930 bis 1931 und ist eines der wesentlichsten Merkmale der Kreditlage der letzten Zeit gewesen.“

Das Kapitel schließt mit der Bemerkung, daß es über-eilt wäre, „wollte man sich unterfangen, für Deutschland als auch für die anderen Länder den genauen Zeitpunkt vorauszusagen, an dem diese außergewöhnliche und unheilvolle Krise, durch die wir jetzt hindurchgehen, aufhören wird.“

Das III. Kapitel, das

„die von Deutschland zur Bekämpfung der Krise ergriffenen Sondermaßnahmen“

behandelt, erwähnt als solche Maßnahmen u. a. Erhöhung der direkten Steuern durch zweimalige Heraushebung der Einkommensteuer, und der indirekten Steuern durch Einführung weiterer starker Abgaben auf Bier und Tabak, sowie Erhöhung der Umsatzsteuer von 0,55 Prozent auf 2 Prozent; Herabsetzungen der Gehälter aller öffentlichen Beamten und Angestellten in den letzten 18 Monaten um mehr als 20 Prozent; Anwendung ähnlicher Maßnahmen auf die Staats der Länder und Gemeinden; Erhöhung der Beiträge für die Erwerbslosenversicherung unter gleichzeitiger Herabsetzung der Leistungen und Unterstützungssätze; Senkung der Preise und Löhne, der Mieten und der Zinssätze; Notverordnungen auf kreditpolitischem Gebiet; Zentralisierung der Devisengeschäfte bei der Reichsbank; Maßnahmen, die praktisch auf ein Moratorium für landwirtschaftliche Schulden hinauslaufen.

Dr. Brüning und Dietrich zum Baseler Bericht

Vor Vertretern der Presse hob Reichskanzler Dr. Brüning besonders zwei Punkte hervor. Das ist erstens die Schärfe der Präzisierung, die einen Rückschritt gegenüber dem Wigan-Bericht darstellt. Das war zu erwarten, weil er beim Baseler Bericht um ein juristisches Instrument des Young-Plans handelt. In Abschnitt 4 wird der ursprünglich im Young-Plan vorgesehene Rahmen gebremst. Von französischer Seite ist versucht worden, die gegenwärtige Krise als vorübergehend hinzustellen, auf die wieder eine normale Prosperität folgen werde. Die enge Beengung, die in der Konstruktion des Sonderauschlusses liegt und die dem Bericht verschiedentlich anzumerken ist, wird zweifellos in den Ländern, in denen man sich über die Zusammenhänge der großen Krisen in irgendeiner Weise klar geworden ist, eine starke Enttäuschung hervorrufen.

Zunehmend könne man von deutscher Seite auch mit Genug-tuung feststellen — und das ist der zweite Hauptgesichtspunkt —, daß es in diesem Bericht gelungen ist, das beste zu schieben, was sich aus den Berichten Parler Gilberts als Weltmeinung über Deutschland herausgebildet hat. Über die weitere Entwicklung führte der Kanzler dann aus, daß nach dem mit dem Bericht erreichten Abschluß der ersten Etappe nun die Regelung des Stillhalteproblems die zweite Phase darstelle. Die Stillhalteverhandlungen werden voraussichtlich noch etwa zwei Wochen in Anspruch nehmen. Sie sind auch in dem größeren Rahmen von ganz besonderer Bedeutung, denn hier sind nicht die engen Grenzen von Basel vorhanden, sondern hier betrachtet den Bankiers die Gesamtlaage, die die Basis ihrer Vereinbarungen bildet.

Zusammenfassend stellte der Kanzler fest, daß wir angesichts dessen, was man erwarten dürfte, mit dem Ergebnis von Basel zufrieden sein können.

Reichsfinanzminister Dietrich unterstrich mit allem Nachdruck, daß der Baseler Ausschluß festgestellt habe, daß eine unvorhergesehene Krise eingetreten sei, deren Ausmaß weit über das vom Young-Plan ins Auge gefaßte „verhältnismäßig kurze Depressions“ geht.

Die Voraussetzungen der deutschen Zahlungen, die der Young-Plan von der wirtschaftlichen Seite her ausdrücklich unterstrich, sind in entscheidenden Punkten von den Staaten, mit denen Deutschland Handel treibt, dadurch beseitigt worden, daß sie in ihrer Handelspolitik das Gegenteil von dem tun, was sie füngemäß nach dem Plan hätten tun müssen. Statt Deutschland die Zahlungen durch Zollserhöhungen, Kontingente und Einfuhrsperrn unmöglich gemacht. Diese ganze wirtschaftliche Entwicklung hat einen Zustand herbeigeführt, der Maßnahmen notwendig macht, die nicht innerhalb der Möglichkeiten des Young-Planes stehen und die nur von den Regierungen ergriffen werden können. Der Sachverständigenbericht selbst unterstreicht die Dringlichkeit solcher Maßnahmen.

Schließlich wies der Minister noch einmal darauf hin, mit welcher Energie gerade in den letzten beiden Jahren daran gearbeitet worden ist, überall in Deutschland Inflare und übersteigerte Finanzverhältnisse zu beseitigen und wieder zu peinlichster Sparsamkeit zu kommen.

Französische Stimmen

„Echo de Paris“ schreibt, der Baseler Ausschluß habe festgestellt, daß das industrielle Rüstzeug Deutschlands voll aus-gewertet werden könne, wenn die Weltkrise vorüber sei, weshalb man, wie das Blatt sagt, die Deutschland zu bewilligenden Erleichterungen zeitlich begrenzen müsse.

Der „Temps“ meint: Die augenblickliche Krise sei nur vorübergehend. Das habe der Sachverständigenbericht ziemlich klar hervor. Wenn der Bericht auch nicht ausdrücklich die ernststen, von Deutschland begangenen Fehler verzeichnete, so sei es deshalb doch nicht weniger wahr, daß die Verantwortlichkeit der Regierenden in Deutschland mit aller Deutlichkeit aus gewissen Ziffern herauszulese sei.

„Journal des Débats“ ist besonders unzufrieden mit dem Verhalten der Amerikaner. Wenn die Engländer nur ein klein wenig klaren Blick hätten, würden sie ihren Irrtum einsehen und sich von nun ab mit Frankreich vereinigen.

„Journal“ erklärt, der Baseler Bericht gehe zwar nicht so weit, anzuerkennen, daß die Reparationen die Wurzel des ganzen Übels seien, aber er gebe doch zu, daß die Krise alle Voraussetzungen der Autoren des Young-Planes übertreffe. Das führe zu einem unbestimmten und unbegrenzten Zahlungsausschub, und diese Tatsache mißfalle den Deutschen gewiß nicht.

Vorab gegen weitere Reparationen

In einer Besprechung des Baseler Berichts erklärte Senator Vorab, er könne keine Erholung Europas sehen, solange die Reparationen nicht gänzlich gestrichen seien. Seit zwölf Jahren seien Verhandlungen geführt und Verzichtungen bei den Reparationen angebracht worden, ohne daß jedoch Abhilfe habe geschaffen werden können. Der wirtschaftliche Niedergang sei inzwischen fast fortgesetzt weitergegangen. Wenn sich Europa nicht entschließen könne, die Reparationen abzuschaffen, und die Rüstungen drastisch einzuschränken, sei es für Amerika besser, sich von Europa zurückzuziehen und ihm fortan fernzubleiben. Es gebe eine Grenze für die Hilfeleistungen, die anderen gewährt würden, wenn sie eine Politik und ein Programm verfolgten, die die Hilfe vergebens und unwirksam machten.

Wenn gesagt werde, daß Frankreich ein Recht auf die ungeklärten Reparationszahlungen habe, um die Kriegsschäden zu decken, so könne geantwortet werden, daß die von Deutschland geleisteten Zahlungen verschiedener Art etwa 9 1/2 Milliarden Dollar betragen hätten, wovon 52 Proz. Frankreich zugefallen seien, also ebensoviele, wenn nicht mehr, als Frankreichs eigene Schätzungen der Kriegsschäden betrügen. Auf die Frage, was er unter drastischen Rüstungseinschränkungen verstehe, erklärte Vorab: Eine 30. oder 40prozentige Einschränkung.

Londoner Stimmen

W.B. London, 28. Dez. (Tel.) Zum Baseler Sachverständigenbericht sagen die „Times“, der Bericht sei vielleicht etwas mager, wolle aber durch seine strenge Sachlichkeit äußerst eindrucksvoll. Als die wichtigsten Schlussfolgerungen des Berichtes erscheinen dem Blatt, daß der Young-Plan die Möglichkeit einer schweren Krise nicht in Rechnung gestellt habe, und daß Deutschland nicht imstande sein werde, im nächsten Sommer die Zahlung auch nur der ungeklärten Annuitäten wieder aufzunehmen.

„News Chronicle“ erklärt, es handle sich jetzt um ein Weltproblem. Ohne eine befriedigende Regelung der deutschen Finanzlage werde der Handel völlig ins Stocken kommen und die finanzielle Lähmung der Welt werde anbahnen und sich verschlimmern. — Die „Financial Times“ schreiben, der Bericht gebe einen deutlichen Wink, daß die Gläubiger Deutschlands nach ihrem Verzicht auf Reparationsteilnahme nicht imstande sein werden, die Last ihrer Zahlungen an die U.S.A. weiter zu tragen.

Der frühere Volschaffter Schurman erklärte in San Diego, er erwarte nicht mehr, daß Reparationen oder Kriegsschulden jemals wieder in der alten Höhe gezahlt würden. Eine Lösung in diesem Sinne müsse vor dem Ablauf des Moratoriums im Juni gefunden werden.

Zum Stuttgarter Schloßbrand

Die Brandruinen des Alten Schlosses in Stuttgart stürzten am Sonntag früh zwischen 5 und 6 Uhr unter furchtbarem Krachen ein. Nur die Außenmauern stehen noch. Der Weltaufgang, der bisher unversehrt geblieben war, wurde teilweise aufgerissen, und auch die Deden im oberen Teil des Aufgangs drohen einzustürzen.

Am Nachmittag des ersten Weihnachtstages wurden auf dem Zuffenhauser Friedhofe zwei der tödlich verunglückten Feuerwehrleute unter großer Anteilnahme der Bevölkerung zu Grabe getragen. Am Sonntagmorgen wurde in ebenfalls feierlicher und würdiger Weise der dritte tödlich verunglückte Feuerwehrmann auf dem Cannstatter Friedhofe beigesetzt.

Branddirektor Müller ist infolge der übermenschlich großen Anforderungen, die in den ersten Brandtagen an ihn gestellt wurden, zusammengebrochen und liegt an einer schweren Herzkrankheit darnieder. Er hat in einem Dienstbefehl der Stuttgarter Feuerwehr den herzlichsten Dank für ihre Treue und Opferwilligkeit ausgesprochen.

Wie aus Erfurt gemeldet wird, sind die Lokomotive und zwei Personenwagen eines Personenzuges dicht vor Eisfeld entgleist. Zwei Reisende wurden schwer, zwei Reisende, der Lokomotivführer und der Heizer leicht verletzt.

In Berlin ist der 66 Jahre alte Filialleiter Gustav Guth, der seit 40 Jahren in der Filiale Mohrenstraße bei der Firma Geisler & Wolff beschäftigt war, am Heiligen Abend kurz nach Geschäftsschluss ermordet worden. Der Fall ist um so tragischer, als Guth am 31. d. M. nach mehr als 40jähriger Dienstzeit pensioniert werden sollte. Den Tätern sind etwa 300 M in die Hände gefallen. Auf die Ermittlung der Verbrecher sind 2000 Reichsmark ausgelegt.

Badisches Landestheater

Hanneles Himmelfahrt

Nicht weit vor Gerhart Hauptmanns 70. Geburtstag feierte eines seiner gefühlvollsten Werke, die Traumdichtung „Hanneles Himmelfahrt“ im Karlsruher Haus zurück. Leider waren aber nur die wenigen vom Theaterpiel stets infizierten Menschen anwesend, die große Masse, der doch eigentlich dies Volkstüd für's Volk viel zu geben hätte, fehlte fast gänzlich. Gewiß wird manch Seutiger fragen: „Was soll uns noch diese Kindermär?“ gerade ihm jedoch wird man entgegen können, daß es nicht allein soziales Mitleiden war, das damals zu Anfang der neunziger Jahre dem jungen Schiefer die Feder führte. Es war auch nicht einmal die Not der Kleinteile, die ihn wie in den vorangegangenen Schöpfungen mitunter zu aufgeregten Revolutionsbildern zwang, sondern nur ganz schlicht und einfach die Tragödie einer Kindesseele, die er freilich mit ungezügelter künstlerischer Strichen zu zeichnen begann.

Am meisten verjöhnt wohl mit der häßlichen Umgebung, daß die „Lumpenprinzess“ schon gar nicht mehr zu dieser Erde gehört, wenn der Vorhang sich hebt, daß sie in jenes Zaubereich eingeht, wo selbst das Böse all seine Härte verliert. So ist kein Würgen in der Kehle mehr nötig, sobald die Hannele Mattern zu reden anfängt, alles Schlimme ist von ihr längst abgefallen und sie findet nun heim als halb schon Verklärte und kaum noch als das arme Proletarierkind, das sie doch tatsächlich war. Zweifellos ist das ein Stoff, der unbedingt nach Musik verlangt, auch wenn diese sich (wie hier) im bescheidenen Rahmen eines hinter der Bühne postierten Streichquartetts sowie etlicher unsichtbarer Choränger hält und also nicht gleich Opernform annimmt. Das hat man übrigens mit Glück ebenfalls versucht, ob es aber für die Dichtung als solche wirksamer ist wie die diskrete Begleitung von Max Marschall, die den Schauspielern ihr volles Recht läßt und nur dann und wann zu melodramatischer Untermauerung greift, möchte ich bezweifeln. Allerdings hat dafür die Aufführung selbst einiges zu ersehen, sie muß sich auf einer Ebene halten, die doch in vielem wieder und sogar im Sprechton klangliches Gepräge trägt.

Der Reueinstudierung war gerade dies ein Hauptvorzug, ohne daß Ulrich von der Trend als Regisseur aber des Guten zu viel oder zu wenig tat. Voran Elisabeth Vertram traf bei ihrem Hannele den Sprechgesang, der halb Melodie, halb rauhe Wirklichkeit ist, der also mit ihren Halluzinationen aufs eindringlichste korrespondiert. Auch wenn Paul Piel zumal als „Freude“ sprach, ließ seine Stimme aufhorchen und nahm

Die Durchführung

der Notverordnung

Die außerordentliche Kündigung von Mietverträgen

Zu den Vorschriften der Notverordnung über die Mietkündigung sind vom Reichsjustizminister Durchführungsbestimmungen erlassen worden, die im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht wurden.

Die Kündigung ist ausgeschlossen, wenn der Vermieter auf Wunsch des Mieters in den Mieträumen besondere kostspielige bauliche Arbeiten vorgenommen oder so der Vermieter das Haus oder die Räume nach den Wünschen des Mieters errichtet hat.

Hat der kündigende Mieter in dem Gebäude oder in den Räumen bauliche Veränderungen vorgenommen oder das Gebäude mit besonderen Einrichtungen versehen, so kann er zwar kündigen, er muß aber auf Verlangen des Vermieters den früheren Zustand wieder herstellen. In solchen Fällen kann der Mieter eine bereits ausgesprochene Kündigung bis zum 5. Januar widerrufen, wenn die Räume inzwischen nicht bereits anderweitig vermietet sind.

Soweit Baukostenzuschüsse „abgemohnt“ werden sollten, findet eine Rückgewähr nicht statt. Soweit sie zurückbezahlt werden sollten, bleibt es bei den Termimen, die im Vertrag für die Rückzahlung vorgesehen sind. Auch in diesem Falle können bereits erfolgte Kündigungen vom Mieter widerrufen werden. Kauttionen sind dem Mieter schon am 1. April 1932 zurückzugeben.

Die Kündigung ist ausgeschlossen, wenn Vermieter und Mieter sich im Laufe des Jahres 1931 auf mindestens 20 Proz. Ermäßigung geeinigt haben oder noch einigen. Es genügt also nicht, daß der Vermieter jetzt einseitig diese Ermäßigung von sich aus anbietet.

Die Kündigungsbestimmungen gelten auch für Untermieter, Pächter und Unterpächter. Sie werden jedoch ausgeschlossen, wenn ein ganzes wirtschaftliches Unternehmen verpachtet und wenn sich hierbei die Überlassung des Unternehmens, als die Hauptleistung des Verpächters, darstellt. Letzteres soll regelmäßig angenommen werden, wenn der Pächter befugt ist, die Firma des Verpächters fortzuführen.

Zur Behebung von Zweifeln sei darauf hingewiesen, daß das Kündigungsrecht dem Mieter nicht zusteht, wenn er seit dem 15. Juli 1931 ohnehin die Möglichkeit gehabt hätte, zu kündigen, zum Beispiel, wenn der Vertrag vorliegt, daß am 1. Oktober zum 31. Dezember gekündigt werden kann und er von diesem Kündigungsrecht keinen Gebrauch gemacht hat.

Das Programm der Postgebührensenkung

Dem „Berl. Lokalk.“ zufolge ist in dem Programm für die Senkung der Postgebühren u. a. vorgesehen, daß bei Paketen die Zustellungsgebühr von 20 Pf. in allen Zonen auf 15 Pf. herabgesetzt wird. Ferner können Empfänger die Pakete selbst abholen und damit die Zustellungsgebühr sparen. Im Fernverkehr bleibt die Grundgebühr unangetastet, während die Gesprächsgebühr von 10 auf 9 Pf. herabgesetzt wird. Im Telegrammverkehr wird die Gebühr für ein Wort von 15 auf 12 Reichspfennig herabgesetzt. Die Druckfachengebühren, die für 20 Gramm bisher 4 Pf. betrug, wird auf 3 Pf. herabgesetzt. Bei den Wurfungen, die bisher 2 Pf. betragen, tritt eine gestaffelte Herabsetzung ein.

Große amerikanische Flottenmanöver geplant

W.B. London, 28. Dez. (Tel.) Wie aus Washington gemeldet wird, sollen im Februar und März auf der Höhe von Hawaii und an der kalifornischen Küste amerikanische Manöver stattfinden, an denen sämtliche Seestreitkräfte der U.S.A. in Verbindung mit dem Landheer teilnehmen werden. Am 6. Februar soll die Schlachtschiff-Flotte mit Unterstützung von Land- und Luftstreitkräften einen Angriff auf Hawaii unternehmen. Später wird die Flotte an der kalifornischen Küste bei San Pedro ein Landungsmanöver unternehmen, an dem das Luftschiff „Akron“ teilnehmen wird.

Zu Störungen des Weihnachtsfriedens kam es verschiedentlich am Reich. In dem Dorfe Schwante bei Kremmen (Kreis Osthavelland) gerten Mitglieder eines Arbeiterturnvereins mit Stahlhelmen, die in dem einzigen Saallocal des Orts eine Weihnachtsfeier veranstalteten, in Streit. Als ein Berliner Schupwachmeister, der Sohn des Gemeindevorsetzers von Schwante, Ruhe stiften wollte, wurde er tätlich angegriffen. In der Notwehr schoß der Polizeibeamte. Ein kommunistischer Arbeiter brach sterbend zusammen, während ein anderer schwer verletzt wurde.

lyrischen Charakter an. Andererseits hatte etwa Hermann Brand sein Organ für die Rolle des bösen Vaters ganz auf schwarzen Fuß umgestellt oder Melanie Ernath als Mutter sich altförmig verhält. Auch über den in Nebenrollen Beschäftigten waltete ein ähnlich lakonisches Vortragssprinzip, so daß sich ein zwangloser und doch sehr eindringlicher Gesamtindruck ergab, dem sich während der anderthalbstündigen Spieldauer nicht so leicht jemand entziehen konnte. S. Sch.

Tannhäuser

Als erste Feiertagsvorstellung ging der „Tannhäuser“ wieder einmal über die Bühne, und zwar in der schönen Neuinszenierung, die wir letztes Jahr schon hier gebührend gewürdigt haben. Die Nachfrage eines auswärtigen Publikums vor allem schien ziemlich stark, so daß auch nach dieser Seite die Wiederaufnahme eines anderen Wagner-Werkes (statt der herkömmlichen „Meistersinger“) in den Weihnachtsspielplan sich zweifellos rechtfertigte. Musikalischer Leiter war wiederum Josef Krips. Mit der brillant gespielten Ouvertüre hatte er seine Hörer sofort gewonnen, herzlichster Beifall folgte aber auch nach den Einzelakten ein. Nicht nur betraute jedoch der Dirigent die Partitur mit bescheidener Liebe und gab, alles mit leichter und doch fester Hand zusammenhielt, einen von allen guten Geistern gesegneten, wohlklangvollen Gesamt-leistung. Das ist ja gerade für den „Tannhäuser“, der zwar keine Prominente, immerhin aber Sänger von Rang und überhaupt ein trefflich aufeinander eingespieltes Ensemble verlangt, qualitativ entscheidend, und wenn trotzdem dann Theo Straß mit tenoralen Star-Mühen nicht spart und der Titel-rolle, etliche himmlische Glanzlichter aufsetzt, so ist natürlich die Wirkung umso stärker. Auch als Malie sang die Wartburgglocke betrat und gleich bei der großen Arie mit imponierenden gesanglichen Momenten aufwartete, konnte man helle Freude an dieser Gestalt haben, die mit ebenso frommer Heldenhaftigkeit sich schüßend nachher vor den Sündigen zu stellen weiß. Sehr schön sang auch Carsten Derner mit seinem wohlgepflegten Bariton den Wolfram; im Sängerkreis gab es übrigens, nachdem die einzige angelegentlich umfleschene doch unterließ, sonst keine Veränderung. Neben dem wie immer auch majestätisch von Adolf Schöpflin dargestellten Landgrafen — eine Gestalt, wie sie die Bühne unbedingt braucht — sei deshalb nur noch Ellen Winter erwähnt, weil sie das Lied von der Frau Hulda so reizend sang. S. Sch.

Kleine Chronik

Der Geschäftsführer Bender, der bei der Evangelischen Versicherungsgesellschaft in Wiesbaden über 50 000 M. veruntreut hatte und dann mit seiner Tochter und Sekretärin geflohen war, ist jetzt in San Remo verhaftet worden. Ein Teil des unterschlagenen Geldes war noch in seinem Besitz.

Die Fliegerin Elli Reinhorn ist am Heiligen Abend in Delhi (Indien) eingetroffen. Auf dem Flugplatz wurde sie von der dortigen deutschen Kolonie begrüßt. Elli Reinhorn wird in einigen Tagen den Weiterflug nach Kalkutta und von dort nach Siam und den Sunda-Inseln antreten.

In Neumarkt (Niederschlesien) verlor der Führer eines mit acht Personen besetzten Autos die Gewalt über den Wagen. Dieser stürzte eine fünf Meter hohe Böschung hinab. Vier Insassen, darunter zwei Frauen, wurden getötet und mehrere verletzt.

In Thiers bei Clermont-Ferrand ist ein Buchhalter der dortigen Filiale der Bank von Frankreich verhaftet worden. Er hatte zur Deduktion von Börseverlusten nach und nach vier Millionen Franken unterschlagen.

Das Hotel Seehof in Lenzheide (Graubünden), das für die Winterzeit erst in diesen Tagen eröffnet worden war, ist vollständig abgebrannt. Das Haus enthielt gegen 100 Fremdenbetten und war erst im Sommer 1930 eröffnet worden.

Der japanische Küstendampfer „Yachama Maru“ ist bei einem Zusammenstoß untergegangen. 50 Personen wurden vermisst.

In Johannesburg brach in der Universität ein Feuer aus, durch das der Hauptteil des Gebäudes mit der Bibliothek zerstört wurde. Unerkennbare historische Dokumente wurden ein Raub der Flammen.

Badischer Teil

Zum Brand des alten Schlosses in Stuttgart

Anteilnahme des badischen Staatspräsidenten

** Im Namen der badischen Staatsregierung und des badischen Volkes hat der Staatspräsident Dr. Schmitt der württembergischen Staatsregierung die herzlichste Anteilnahme an dem schweren Brandunglück des alten Schlosses in Stuttgart ausgesprochen.

Der 20. Geburtstag des Geheimrats Prof. Dr. von Arehl in Heidelberg

** Staatspräsident Dr. Schmitt hat dem Geheimrat Prof. Dr. v. Arehl, welcher am 26. Dezember seinen 70. Geburtstag feiern konnte, das folgende Glückwunschschreiben zugehen lassen:

Sehr geehrter Herr Geheimrat!

Zur Vollendung des sieben Jahrzehnts Ihres Lebens spreche ich Ihnen namens der Staatsregierung aufrichtige Glückwünsche aus. Ich gedenke dabei gerne mit Dank und Anerkennung Ihrer hervorragenden Leistungen als langjähriger Leiter der medizinischen Klinik, wodurch Sie sich um die Universität Heidelberg, sowie das Land Baden in reichem Maße verdient gemacht haben und zugleich zu einem vielbewunderten Wohltäter der lebenden Menschheit geworden sind.

Wögen Sie noch viele Jahre auf dem Gebiete der medizinischen Forschung wirken und Ihre Lebensarbeit mit großen Erfolgen krönen können.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Dr. Schmitt.

Die Hausfuchung auf Schloß Rotenberg bei Wiesloch

** Zu der in Nr. 294 der „Karlsruher Zeitung“ veröffentlichten Teilnehmerliste ist eine Personenvermehrung richtig zu stellen: Nicht der Prof. Alfred Ganter war am 13. Dezember auf Schloß Rotenberg, sondern der Prof. a. D. Emil Ganter, wohnhaft in Heidelberg, Leopoldstraße 9.

Bei der Nennung des Namens des Bankdirektors Dr. Wilhelm Köbel ist ferner ein Druckfehler zu corrigieren. Nicht Dr. Köbel, sondern Dr. Köbel, Bankdirektor in Heidelberg, war Teilnehmer der politischen Besprechung in Rotenberg bei Wiesloch.

Preisfenkung beim Badenwerk

Vom Badenwerk wird uns geschrieben:

In einer Veröffentlichung hat das Badenwerk kürzlich dargelegt, warum von den Elektrizitätswerken kein schematischer Abbau der Preise verlangt werden kann. Es wurde betont, daß insbesondere berücksichtigt werden müsse, ob ein Werk seine Tarife, wie dies beim Badenwerk der Fall ist, erst senkt, oder ob ein Werk dies nicht getan bzw. seine Tarife, wie vielfach geschehen, sogar noch erhöht habe.

Aus diesen Darlegungen, die vor dem Erlaß der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 verfaßt wurden, glaubten einige den Eindruck gewonnen zu haben, das Badenwerk wolle sich den Bestimmungen dieser Notverordnung entziehen. Dies trifft keineswegs zu. Das Badenwerk wird den Forderungen des Reichskommissars für die Preisüberwachung selbstverständlich alsbald entsprechen. Diese sind inzwischen bekanntgegeben und rechtfertigen die Erwartungen des Badenwerkes.

Bei der Behandlung der öffentlichen Betriebe hat sich nämlich der Reichskommissar ganz allgemein dahin geäußert, daß diese nach seiner Auffassung niemals Zuschußbetriebe sein dürften. Er hat weiter ausgeführt, daß er nicht an einen schematischen Abbau der Preise denke, da ihm genau bekannt sei, wie verschiedenartig die Verhältnisse in der Elektrizitätswirtschaft liegen. Er erwartet aber, daß die Preise im Rahmen des wirtschaftlich vertretbaren gesenkt würden, und daß zum mindesten die Ersparnis, die den Betrieben durch die neueste Notverordnung gebracht werde, den Abnehmern voll zugute komme. Seine diesbezüglichen Darlegungen ergaben weiter, daß sich die Senkung nicht auf Großabnehmerverträge beziehen soll, soweit diese sich durch Kostenlaufzettel u. dgl. automatisch der Preisfenkung anpassen. Auch soll es an sich nicht ausgeschlossen sein, Preisfenkungen, die bereits auf Grund der vorhergehenden Preisfenkungsaktion der Regierung vorgenommen worden sind, unter Umständen zu berücksichtigen. Inwieweit dies möglich sei, ließe sich nur von Fall zu Fall unter Würdigung aller Umstände entscheiden.

Das Badenwerk wird nunmehr beschleunigt feststellen, welche Ersparnisse ihm die neueste Notverordnung bringt und dies dem Reichskommissar für die Preisüberwachung nachweisen (die Gehälter und Löhne z. B. erfahren beim Badenwerk ab 1. Januar 1932 eine weitere Kürzung, so daß eine Einsparung gegenüber dem Stande vom Jahre 1930 von 20 bis 25 Prozent erzielt wird). Alsdann wird es alsbald zu einer entsprechenden Senkung seiner Preise schreiten.

Neubausbesitzer

Eine Warnung

Von der Preisstelle beim Staatsministerium wird uns geschrieben:

Neubausbesitzer haben schon vor Monaten in verschiedenen Städten besondere Vereine gebildet. Seit kurzem greifen nun Persönlichkeiten in die Bewegung ein, die nicht mehr sachliche Interessen wahren wollen, sondern unter falschen Darstellungen und starken Übertreibungen von den öffentlichen Baudarlehenstellen nicht nur Nachlaß der Zinsen und Tilgungsbeträge, sondern sogar Verzicht auf die Baudarlehen und selbst weitere Zuschüsse verlangen; vielfach heben sie die Neubausbesitzer direkt zum Zahlungsfreistat auf. Offensichtlich verfolgen sie dabei auch politische radikale Zwecke. Wenn es diesen Personen um eine sachliche Arbeit zu tun wäre, so müßten sie ohne weiteres erkennen, daß für den Staat, die Städte und die Wohnungsverbände bei der Notlage der öffentlichen Finanzen es völlig unmöglich ist, ihre maßlosen Forderungen auch nur zu einem bescheidenen Teil zu erfüllen.

Von den in der Nachkriegszeit erbauten 96 000 Wohnungen wurden rund 85 Prozent aus öffentlichen Mitteln mit Darlehen oder durch Zinszuschüsse gefördert. Diese Mittel stammen nicht nur aus der Gebäudesondersteuer, sondern auch aus aufgenommenen Anleihen. Der Anteil an der Gebäudesondersteuer für den Wohnungsbau mußte in den letzten Jahren wiederholt einziehend zugunsten des allgemeinen Finanzbedarfs gekürzt werden; die öffentlichen Baudarlehenstellen haben daher jetzt große Mühe, ihre übernommenen Verbindlichkeiten aus Wohnungsbauanleihen und aus Zinszuschüssen an Bauherren zu erfüllen und ausgenommene kurzfristige Kredite zurückzahlen. Die Neubausbesitzer haben die öffentlichen Baudarlehen zu dem gewiß billigen Zinssatz von durchschnittlich 3 bis 4 Prozent erhalten; ferner wurde vielen die Aufnahme von Hypotheken durch erhebliche Zinszuschüsse und Bürgschaften erleichtert. Wer von diesen Vergünstigungen Gebrauch machte, mußte sich darüber klar sein, daß er für sein Bauvorhaben die volle wirtschaftliche Verantwortung tragen muß.

Die heutige Wirtschaftsnot hat selbstverständlich auch die Neubausbesitzer getroffen. Am schwersten lastet sie auf denen, die für ihr Bauvorhaben nicht die nötigen Eigenmittel besaßen oder gar die Beförderung über den Besitz solcher Mittel suchten. Wenn andere Wirtschaftskreise heute große Verluste erleiden, so können die Neubausbesitzer nicht wohl verlangen, auf Kosten anderer Volkskreise, die selbst in Not sind, ihre Verluste ersetzt zu erhalten.

Die Neubausbesitzer haben nun aber durch die vierte Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 eine allgemein fühlbare Erleichterung erlangt, da der Zinssatz für die über 6 Prozent verzinslichen Hypotheken gesenkt wurde. Sie müssen den Senkungsbetrag zwar anteilig den Mietern zugute kommen lassen; infolgedessen können aber zahlreiche Mieter wieder ihre Miete bezahlen oder eine leerstehende Wohnung zu einem ermäßigten Preise mieten. In Einzelfällen kann selbstverständlich Neubausbesitzern, die unverschuldet in eine besondere Not geraten sind, von den öffentlichen Baudarlehenstellen eine entsprechende Hilfe gewährt werden.

Den unbegründeten Weigerungen zur Leistung fälliger Zahlungen müssen die öffentlichen Stellen, um ihre eigene Zahlungsfähigkeit aufrechtzuerhalten, mit Entschiedenheit entgegenzutreten, gegenüber zahlungsfähigen, aber widerwilligen Schuldnern dürfen sie letzten Endes auch vor Zwangsvollstreckung und Zwangsversteigerung nicht zurückweichen.

Wegen das gemeingefährliche, die öffentlichen Finanzen schädigende Treiben der genannten unverantwortlichen Agitatoren wird auch mit polizeilichem Zwang nachdrücklich eingeschritten werden.

Warnung vor Darlehensbetrüger mit gefälschtem Hypothekenbrief

Das Landespolizeiamt teilt mit:

Der 48 Jahre alte Ingenieur Johann Baptist Bornheim aus Köln, der sich auf den Namen Otto Peters aus Hamburg bezieht, sucht Darlehen von 600 bis 800 RM durch Inserate in Tageszeitungen zu erlangen, wobei er zusichert, einen bedeutend höheren Betrag, als das verlangte Darlehen, zurückzahlen zu können. Den Geldgebern täuscht er vor, das Darlehen für seinen Wegzug von Hamburg zu benötigen. Als Sicherheit überläßt er einen Hypothekenbrief im Betrag von 3000 bis 8000 RM, dem ein Grundbuchauszug des Grundbuchamts Hamburg beigefügt ist. Beide Urkunden sind von Bornheim fälschlich angefertigt. Er verübt diese Verbrechen seit zwei Jahren im ganzen Reich und ist wiederholt in Baden aufgetreten. In seiner Begleitung befindet sich die 33 Jahre alte Hedwig Adal geborene Perlewis aus Spandau. Das Landespolizeiamt warnt vor dem Betrüger.

Nr. 77 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnungen des Ministers des Innern über Forderung der Zwangswirtschaft für Wohnungen und Geschäftsräume; Neufassung der Verordnung über Forderung der Zwangswirtschaft für Wohnungen und Geschäftsräume; des Aufzimmers und des Ministers des Innern zur Durchführung der Mietenkämpfung.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Montag morgen: Die Weihnachtstage haben uns den erwarteten Umschlag zu Westwetter gebracht. Schon am ersten Feiertag verursachte der Einbruch milder ozeanischer Luft über dem noch gefrorenen Boden in tiefen Lagen Glatteisbildung. Die Erwärmung setzte sich auch bis zu den Schwarzwaldhöhen durch, so daß die Schneedecke allenthalben stark zusammenschmolz. Es lagen heute früh auf dem Nordschwarzwald noch bis zu 25 Zentimeter, auf dem Südschwarzwald bis 12 Zentimeter Pappschnee. Nur auf dem Feldberg herrscht leichter Frost, im übrigen 1-3 Grad über Null. Die Niederschläge waren bei dem Wetterumschlag wegen des noch sehr hohen Luftdruckes nicht ergiebig und fielen als Regen. Die westliche Luftströmung wird anhalten, so daß morgen noch mit keiner Änderung der bestehenden Witterung zu rechnen ist. Voraussage: Fortdauer der bestehenden Witterungscharaktere.

Wasserstände: Waldshut 170 minus 2, Schutterinsel 22 minus 2, Rehl 175 minus 3, Marau 341 minus 1, Mannheim 202 minus 3, Caub 135 minus 2.

Aus der Landeshauptstadt

Die Feiertage

Der Heilige Abend ist nach den uns gewordenen Mitteilungen hier und im Lande still und ruhig verlaufen. Dank der behördlichen Warnungen und der Bereitschaft der Polizei, deren Beamte leider die Beschaulichkeit des Christfestes der eisernen Pflicht opfern mußten, ist es kaum irgendwo zur Störung des weihnachtlichen Friedens gekommen. Die Geschäftswelt hätte in den letzten Tagen erfreulicherweise noch einen stärkeren Kaufandrang zu bewähren; doch reichte der Umsatz des Weihnachtsgeschäftes bei weitem nicht an den vorjährigen heran. Im allgemeinen herrscht die Meinung vor, daß man dieses Jahr etwa die Hälfte der Einnahmen von Weihnachten 1930 zu buchen hat. Am Heiligen Abend waren bald nach Ladenschluß die Straßen fast menschenleer. Auch an den Gefallenen-Denkmalen brannten Christbäume.

Eine wenig angenehme Überraschung brachte das Wetter. Am ersten und zweiten Feiertag kam es vielfach zu gefährlichen Glatteisbildungen. Der schon am Mittwoch vom Wetterdienst vorhergesagte und am Donnerstag wiederholte Wetterumschlag machte sich auch im Gebirge erheblich bemerkbar. Wenn auch kein direktes Tauwetter eintrat, so waren die Schneeverhältnisse im nördlichen und mittleren Schwarzwald nicht besonders günstig. Vom Feldberg wird berichtet, daß der Verkehr an den beiden Feiertagen sehr lebhaft war, am dritten, dem Sonntag, durch das eingetretene Tauwetter aber stark vermindert wurde. Die Winterportorte des nördlichen Schwarzwaldes waren, wie aus dem Kurhaus Hundesek berichtet wird, überaus stark besucht. Der Verkehr war durchaus zufriedenstellend.

Die Reichsbahn ist mit dem Weihnachtverkehr im allgemeinen zufrieden. Der gewaltige Verkehr konnte reibungslos abgewickelt werden. Die vorgesehenen Sonderzüge wurden mit wenigen Ausnahmen durchgeführt und waren durchweg gut besucht. Besonders stark war der Verkehr nach den winterlichen Sportplätzen, und die Höhen des Schwarzwaldes wimmelten in diesen Tagen von Menschen.

Senkung der Straßenbahntarife in Karlsruhe. Nach einer Verlautbarung der Karlsruher Stadtverwaltung ist beabsichtigt, in den Tarifen der Straßenbahn verschiedene Verbilligungen eintreten zu lassen. Eine endgültige Entscheidung könne jedoch erst gefällt werden nach Rücksprache mit dem Reichskommissar für Preisüberwachung, da es u. a. gilt, einen endgültigen Bericht des Reiches auf die seit langem bekämpfte Beförderungsteuer zu erreichen.

Störung des Gottesdienstes. Ein wegen Totschlags, Diebstahls und Betrugs verurteilter lediger 35 Jahre alter Artift von hier wurde am ersten Feiertag früh während der Christmette durch die Polizei aus der Stephanikirche entfernt, weil er durch die laute Bemerkung: „So was gehört verboten!“ den Gottesdienst störte.

Feiertagsbilanz. Leider gibt es von den Feiertagen auch unerfreuliches zu berichten. Das Glatteis war die Ursache mehrerer Unfälle. Dabei erlitten zwei Personen Armbrüche. Auf der Linkenheimer Landstraße stürzte ein 49jähriger Eisenarbeiter vom Fahrrad und trug eine Gehirnerschütterung davon. In drei Fällen verletzten verzeimelte Menschen ihrem Leben ein Ende zu machen. So durchschritt sich am zweiten Feiertag in einer Weinlaube in Durlach ein Büffetfräulein mit einer Kasserolle die Kulkader. Die Unglückliche wurde ins Krankenhaus gebracht. Sie ist außer Lebensgefahr.

Kurze Nachrichten aus Baden

Bad. Mannheim, 27. Dez. In der Wärmehalle einer hiesigen Schule sollte kurz vor Weihnachten eine Weihnachtsfeier stattfinden, veranstaltet vom hiesigen Hilfsverein und erwerbslosen Besuchern der Wärmehalle. Schon bei Beginn der Feier, zu der sich etwa 250 Personen eingefunden hatten, verlangte ein kommunistischer Sprecher, daß keine Weihnachtslieder vom Orchester angestimmt würden, da sie „Opium für das Volk“ seien. Beim Verteilen der Geschenke wurden die verteilenden Personen mit allerlei Gegenständen bedrängt, zum Teil wurde die Annahme der Geschenke verweigert und die kommunistische Internationale wurde gesungen. Es entwickelte sich sogar eine Schlägerei, bei der ein Besucher am Auge ernstlich durch einen Faustschlag verletzt wurde. Der besonnenere Teil der Besucher wies die Aufhetzung zurück, so daß die Polizei nicht mehr eingreifen brauchte. Die Lust zum Feiern war aber verfliegen, und eine große Anzahl von Geschenken blieb unverteilt.

Bad. Heidelberg, 28. Dez. Im Alter von 68 Jahren ist die Gattin des Heidelberger Kulturhistorikers und Nationalökonomens Gerhard Gothein, Frau Marie Luise Gothein, gestorben. Die philosophische Fakultät der Heidelberger Universität hatte der Verstorbenen die Würde eines Ehrendoktors verliehen in Anerkennung der Herausgabe eines Lebensbuches ihres Gatten. Auch sonst ist die Verstorbenen verschiedentlich schriftstellerisch, darunter auch mit einer Geschichte der Gartenkunst, hervorgetreten.

Bad. Gersbach, 27. Dez. Wegen der kalten Witterung wurden die Arbeiten an der Staustufe Rodenau vorläufig bis 6. Januar eingestellt. Betroffen sind rund 600 Leute, darunter mehr als die Hälfte von auswärtig.

Bad. Königshofen (Amt Tauberbischofsheim), 28. Dez. Am Abend des zweiten Weihnachtstages sind hier 6 Scheunen mit großen Futtervorräten einem Brande zum Opfer gefallen. Unter Zuhilfenahme der Antispritze aus Tauberbischofsheim gelang es unter großen Anstrengungen der Feuerwehr, die gefährdeten Wohnhäuser zu retten. Es ist bereits eine Verhaftung unter dem Verdachte der Brandstiftung erfolgt.

Bad. Forzheim, 28. Dez. In der Nacht zum Montag starb der weihnicht bekannte Inhaber der Verlagsdruckerei Weber, Donatus Weber, infolge einer Lungenerkrankung. Er hat noch vor wenigen Tagen in befreundeten Kreisen seinen 60. Geburtstag gefeiert. Er ist der Bruder der Badischen Turnerzeitung.

Dieses Jahr kein Katarrh!
1931/32
Handel und Wirtschaft
Devisennotierungen der Reichsbank
(Amtlich)

	28. Dezember	29. Dezember	30. Dezember	31. Dezember
Amsterdam 100 G.	169.23	169.57	169.33	169.77
Kopenhagen 100 Kr.	79.62	79.78	79.42	79.58
Stapel -- 100 L.	21.40	21.44	21.41	21.45
London -- 1 Pfd.	14.37	14.41	14.38	14.42
New-York 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris -- 100 Fr.	16.53	16.57	16.54	16.58
Schwiz -- 100 Fr.	82.12	82.28	82.12	82.28
Wien 100 Schilling	49.95	50.05	49.95	50.05
Brag -- 100 Kr.	12.47	12.49	12.47	12.49

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 28. Dezember 1931 hat sich in der dritten Dezemberwoche der Umlauf an Reichsbanknoten um 26,0 Mill. Reichsmark auf 4512,1 Mill. Reichsmark, derjenige an Rentenbankscheinen um 0,7 Mill. Reichsmark auf 419,5 Mill. Reichsmark verringert. Die Bestände an Gold und bedienungsfähigen Devisen haben sich um 5,8 Mill. Reichsmark auf 1154,7 Mill. Reichsmark vermindert. Im einzelnen haben die Goldbestände um 17,3 Mill. Reichsmark auf 984,9 Mill. Reichsmark abgenommen, die Bestände an bedienungsfähigen Devisen um 11,5 Mill. Reichsmark auf 169,8 Mill. Reichsmark zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold und bedienungsfähige Devisen beträgt 25,6 Proz. wie in der Vorwoche.

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Reichsbank (Statist. Abteilung) vom 22. Dezember 1931 beträgt der Londoner Goldpreis am 22. Dezember 1931 für eine Unze Feingold 121 sh 10 d, in deutsche Währung nach dem Berliner Mittelfuß für ein englisches Pfund vom 22. Dezember 1931 mit 14,25 RM umgerechnet 86,8062 RM, für ein Gramm Feingold demnach 47,0043 pence, in deutsche Währung umgerechnet 2,79088 RM.

Staatsanzeiger

An die Gemeinden (Gemeindevorstände), Kreise, Orts- und Innungsstellen, öffentlichen Sparkassen, die übrigen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, sowie ihre Aufsichtsbehörden:

Durch Artikel 1 des Zweiten Notgesetzes vom 17. Dezember 1931, Änderungen im Staatshaushalt (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 451) wurden die Bestimmungen in Artikel 1 § 7 des Notgesetzes vom 9. Juli 1931 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 247 und 316) mit Wirkung vom 1. Januar 1932 aufgehoben. Die gemäß Artikel II § 1 dieses Gesetzes in Verbindung mit Artikel 18 der Haushaltsnotverordnung vom 9. Oktober 1931 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 389) angeordnete badische Sonderkürzung der Dienstbezüge und der Versorgungsbezüge der Bürgermeister, besoldeten Gemeindevorstände und sonstigen besoldeten Organe sowie der Beamten und Angestellten der obgenannten Körperschaften und ihrer Hinterbliebenen in der Höhe von 5 v. H. ist damit außer Kraft gesetzt.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1932 an sind nunmehr nach der vierten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931 (Reichsgesetzblatt I Seite 699) — Siebenter Teil Kapitel VI — die Dienstbezüge und Versorgungsbezüge des vorgenannten Personalkreises um 9 vom Hundert zu kürzen. Die Kürzung tritt zu den nach Kapitel II des Zweiten Teils der Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 (Reichsgesetzblatt I Seite 522), und nach Kapitel I des Zweiten Teils der zweiten Verordnung des Reichspräsidenten vom 5. Juni 1931 (Reichsgesetzblatt Seite 282) vorgenommenen Kürzungen hinzu; sie wird an den Bezügen vorgenommen, die den Bezugsberechtigten ohne Rücksicht auf die schon vorgenommenen Kürzungen zustehen würden. Die Kürzung der Dienstbezüge umfaßt alle Geldbezüge, die die Beamten und Angestellten mit Rücksicht auf ihre hauptamtliche oder nebenamtliche Dienstleistung erhalten. Kinderzuschläge und Kinderbeihilfen, Reiseflohenvergütungen usw. unterliegen der Kürzung nicht. Eine Freigrenze, bis zu der die Kürzung der Dienstbezüge unterbleiben könnte, besteht nicht. Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Vorschriften der Verordnung und die im Reichsbesoldungsblatt erscheinenden Vollzugsvorschriften verwiesen. Bei der Kürzung der Versorgungs- und Hinterbliebenenbezüge sind für die Zeit bis zum 30. Juni 1932 die Vorschriften des Kapitels VI § 2 der genannten Verordnung des Reichspräsidenten zu beachten.

Die zur Durchführung der gesetzlichen Vorschriften erforderlichen Anordnungen sind sofort zu treffen. Den Staatsaufsichtsbehörden ist die erfolgte Kürzung bis zum 15. Januar 1932 anzuzeigen.

Karlsruhe, den 28. Dezember 1931.
Der Minister des Innern.
Maier.

Loterie.
Der Badischen Lotteriegemeinschaft wird die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Geld- und Losenlotterie erteilt.
Karlsruhe, den 21. Dezember 1931.
Der Minister des Innern
Maier.

Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Maschinenwesen und in der Elektrotechnik.

Die nächste Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Maschinenwesen und in der Elektrotechnik beginnt
Montag, den 15. Februar 1932.

Die Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind spätestens bis Montag, den 18. Januar 1932, mit den vorgeschriebenen Belegen beim Personalbüro der Reichsbahndirektion Karlsruhe, Rammstraße 19, hier, einzureichen.
Karlsruhe, den 19. Dezember 1931.
Der Finanzminister.
J. R. Sammet.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen:
Oberlehrer Wilhelm Bach in Steinsfurt; Hauptlehrer Andreas Karber in Staufen.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen bis zur Wiederherstellung der Gesundheit:
Hauptlehrer Fidel Senes in Röhrenbach.

Kraft Gesetzes tritt in den dauernden Ruhestand:
Fortbildungsschulhauptlehrer Karl Späth an der Goldschmiedeschule in Forzheim.

Gestorben:
Professor Franz Henninger an der Neuburg-Oberrealschule in Freiburg i. Br.

Ministerium der Finanzen
Wasser- und Straßenbaudirektion

Bericht:
Baubericht Hermann Luppig bei der Wasser- und Straßenbaudirektion zum Wasser- und Straßenbauamt Karlsruhe.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen wegen leibender Gesundheit:
Straßenwärter Josef Drescher in Titisee.

Zu den Ruhestand tritt kraft Gesetzes nach Erreichung der Altersgrenze:
Der Straßenwärter Johann Lehmann in Steinsfurt.

